## hlz-Notiz



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen vor den größten Einschnitten in die öffentlichen Haushalte in der Geschichte der Bundesrepublik. Nach den konjunkturstützenden Maßnahmen der Regierungen nach der Finanzkrise soll nun die Exit-Strategie gefahren werden - mit allen negativen Konsequenzen für die Einkommens- und Beschäftigungssituation im öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft, der Einschränkung sozialer und kultureller Dienstleistungen, der Bildung und Infrastruktur. Es wird in Kauf genommen, die zaghaften Besserungstendenzen der Konjunktur gleich wieder abzuwürgen.

Die von der großen Koalition ins Grundgesetz gebrachte sog. Schuldenbremse entpuppt sich schon jetzt als Bremse für die wirtschalftliche und soziale Entwicklung in Bund, Ländern und Gemeinden.

Allein Hamburg will jährlich 550 Mio. einsparen, die GAL spricht in ihrem Beschluss vom 22.8.2010 davon, dass durch die-se Einsparnotwendigkeiten die Gestaltungsspielräume, die "... dem Koalitionsvertrag 2008 zu Grunde lagen, nicht mehr (existieren); um sie wiederzugewinnen, muss die Stadt ihre Pflichtausgaben spürbar reduzieren. Dies bedeutet Personalabbau, Gehaltskürzungen und Abbau von öffentlichen Dienstleistungen."

Da ist die Regierung bereits munter dabei: Die Streichung bzw. radikale Kürzung des Weihnachtgeldes ist eine unmittelbare **Gehaltskürzung** für alle Beamtinnen und Beamten in Hamburg.

Die schrittweise Verlängerung der Altersgrenze auf 67 Jahre wirkt in gleicher Weise, denn welcher Lehrer an unseren Schulen, welche Erzieherin in der Kita kann diesen hoch belastenden Beruf wirklich bis 65, geschweige denn bis 67 Jahren ausüben?

Viele Kolleginnen und Kollegen arbeiten auch wegen der immensen Belastungen nicht in Vollzeit – in Hamburgs Schulen sind das über 50%!

Alle an Schulen Beschäftigte sind seit Einführung des Arbeitszeitmodells mit immer mehr Aufgaben überzogen worden und müssen gleichzeitig immer länger unterrichten.

Weitere Abstriche bei den Ruhegeldern sind für viele nicht zu verkraften und so stellt sich oft die Frage: arbeite ich über meine gesundheitliche Belastungsgrenze hinaus bis 65, 66, 67 oder dies nicht für alle Schulformen und alle Klassen gilt. Gut, dass die Umsetzung der UN-Konvention zum Recht aller Kinder mit Behinderungen auf den Besuch allgemeiner Schulen in Angriff genommen wird, schlecht aber, dass die dafür notwendigen Mittel offenbar nicht bereit gestellt werden.

Sonderpädagogische Förderung darf kein Sparmodell sein, so wenig wie die ganztägige Hortbetreuung für alle Kinder!

Es darf daran erinnert werden: Wir – die Beschäftigten im öffentlichen Dienst Hamburgs – haben nicht über unsere Verhältnisse gelebt! Das waren vielmehr diejenigen, deren Gier auf immer neue und scheinbar ertragreichere Finanzprodukte durch eine Politik angefacht wurde, die Steuerentlastungen und einen freien, unkontrollierten Finanzmarkt ermöglicht haben.

Jetzt sollen wir die Zeche zahlen für die Zockereien der HSH-Nordbank

Gerecht geht anders, liebe

## Klaus Bullan Gerecht geht anders!

schränke ich meinen Lebensstandard weiter ein?

Da klingt es wie Hohn, wenn Annette Schavan im Abendblattinterview erklärt: "Die Bildungsrepublik Deutschland steht für eine Gesellschaft, die sich begeistert für Bildung. Sie stellt Schulen in den Mittelpunkt und weiß, dass Bildung die Quelle künftigen Wohlstands ist."

Das gilt auch für Hamburg. Mit der Schulreform war die Erkenntnis verbunden, dass die nicht zum Nulltarif erfolgreich zu machen ist. Zusätzliche Lehrerstellen für neue Aufgaben und vor allem kleinere Klassen soll es geben, die ersten sind bereits eingestellt. Gut, dass jetzt auch die Frequenzsenkungen in den Klassen 5 und 6 der Stadtteilschulen kommen sollen, schlecht, dass

Kolleginnen und Kollegen!

Wenn es uns gelingt, unseren Kampf gegen diese dreisten Einkommenskürzungen zu verbinden mit den Auseinandersetzungen um den Erhalt von Arbeitsplätzen in Hamburg, um eine andere Prioritätensetzung im Hamburger Haushalt, um mehr Steuergerechtigkeit durch die Einführung von Vermögenssteuer und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes sowie die Bekämpfung von Armut in dieser reichen Stadt – dann können wir einen heißen Herbst erwarten!

Macht mit bei der Menschenkette von der Finanzbehörde zur Elbphilharmonie am 30. September und kommt zur zentralen Protestveranstaltung am 4. November in die Alsterdorfer Sporthalle!